

Impulsvortrag von Thomas Pogge

4. Konferenz des Denkwerks Zukunft am 2. Oktober 2016 in Berlin

"Warum wir nicht tun was wir für richtig halten - Über die Macht tradierten Denkens"

Werden wir tun was wir als unsere Pflicht erkannt haben?

In der Geschichte der Menschheit sind viele eindrucksvolle Zivilisationen an selbstverursachten ökologischen Problemen zugrunde gegangen. Heute ist die Menschheit als ganze auf bestem Wege, sich ein ähnliches Schicksal einzubrocken. Allerdings tun wir dies heute sehenden Auges: Wir wissen ziemlich genau, welche Langzeitgefahren unser gegenwärtiges Verhalten auslöst, und auch, was wir tun müssten, um diese Katastrophe abzuwenden. Warum machen wir dann trotzdem weiter wie gehabt?

Im Dezember 2015 haben die Vertreter aller Nationen offiziell anerkannt, dass die durch menschliche Aktivitäten verursachte Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden muss. Wir wissen, dass dazu eine dramatische globale Energiewende erforderlich ist. Aber die von den verschiedenen Staaten zugesagten Reformen – die sogenannten INDCs oder „intended nationally determined contributions“ – sind nicht annähernd hinreichend, um die Erderwärmung auch nur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen.¹ Warum sind wir so kurzsichtig, dass wir relativ kleine Umstellungskosten ablehnen, die sehr viel größere Schädigungen von uns abwenden würden?

Eine einfache Erklärung sieht den Grund in einem Koordinationsproblem analog dem vieldiskutierten Gefangenendilemma: Jeder Akteur entscheidet über seine eigenen emissionsträchtigen Aktivitäten in dem Bewusstsein, dass ihm

¹ "The INDCs have the capability of limiting the forecast temperature rise to around 2.7 degrees Celsius by 2100." Christiana Figueres, Exekutivsekretärin der UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Siehe <http://newsroom.unfccc.int/unfccc-newsroom/indc-synthesis-report-press-release/>.

der gesamte Nutzen aber nur ein winziger Bruchteil des Schadens derselben zuwachsen wird. Diese wohlbekannt Allmendeproblematik hat eine einfache Lösung: Die Akteure verpflichten sich zu Verhaltensänderungen, die zusammen-genommen zur Lösung des Problems hinreichen und einigen sich außerdem auf ein System bindender Sanktionen zur Abschreckung von Trittbrettfahrern.

Voraussetzung für eine solche Einigung ist allerdings, dass für jeden der mitwirkenden Akteure die Kosten seiner Verhaltensänderung geringer sind als die Kosten, die auf ihn zukämen, wenn das Problem ungelöst bliebe. Wer vom Eintreten des Problems nur wenig zu verlieren hat, wird auch nur zu einem kleinen Beitrag zu den Lösungskosten bereit sein. Verhandlungen über die Verteilung der Lösungskosten laufen demzufolge darauf hinaus, dass die beteiligten Akteure wechselseitig Kosten zur Lösung des Problems übernehmen, die in etwa proportional sind zu der Gefährdung, der sie im Falle der Nicht-Lösung des Problems ausgesetzt wären.

Im vorliegenden Fall liefe solch eine „rationale“ Kostenverteilung darauf hinaus, dass die Bevölkerung von Bangladesch einen sehr großen, und die Bevölkerung der Schweiz nur einen minimalen Beitrag zur Abwendung des Klimawandels leisten müssten. Für die Schweizer bringt der Klimawandel wärmeres Wetter und kürzere Reisezeiten zum Mittelmeer – für Bangladesch bringt er Verlust des halben Landes, Versalzung des Grundwassers, Hunger, Infektionskrankheiten und unerträglich heiße Temperaturen im Frühjahr und Sommer.

Eine ähnliche Asymmetrie findet sich auch zwischen Arm und Reich. Arme Menschen haben kaum Möglichkeiten, sich gegen die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Sie können z.B. nicht einfach in die Schweiz oder nach Kanada umziehen, wenn ihnen in Bangladesch, Mauretanien oder Haiti die Lebensgrundlage entzogen wird. Reiche Leute können das und haben infolgedessen vom Klimawandel viel weniger zu verlieren.

Streng nach Klugheitsregeln geführte Verhandlungen über die Verteilung der zur Abwendung des Klimawandels anfallenden Kosten würden also zu dem moralisch absurden Ergebnis führen, dass die ärmere Mehrheit der Menschheit, die überdurchschnittlich stark vom Klimawandel gefährdet sind und unterdurchschnittlich wenig zu ihm beigetragen haben, die reichere Minderheit dafür bezahlen müsste, ihre enormen Emissionen zu verringern.

Damit ist die konventionelle Klugheitslösung dieser Allmendeproblematik moralisch absurd und außerdem auch undurchführbar: die Armen der Welt haben einfach nicht die Mittel, den Löwenanteil der Kosten für die nötige Umstellung des globalen Energiekonsums zu tragen. Und jene Klugheitslösung ist auch noch in einer dritten Hinsicht problematisch: Die Kosten der jetzt erforderlichen globalen Energiewende müssten von der gegenwärtigen Generation getragen werden, während die Kosten der andernfalls erfolgenden Klimakatastrophe vorwiegend zukünftigen Generationen zufielen, die natürlich keinerlei Möglichkeit haben, uns für unser Verhalten positiv oder negativ zu sanktionieren.

Wenn das Klimaproblem nicht durch Mobilisierung klugen Selbstinteresses lösbar ist, dann sollten wir untersuchen, ob die Moral eine Lösung anzubieten hat.

Einer moralischen Lösung stehen zunächst zwei beachtliche Hindernisse entgegen. Das erste dieser Hindernisse ist der weitverbreitete Glaube, dass wir kleine Beiträge zu einem großen Problem moralisch ignorieren dürfen. „Wenn ich mir Mühe gebe, kann ich meinen CO₂ Verbrauch halbieren und damit 10 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Aber der jährliche CO₂ Ausstoß der Menschheit beträgt rund 40 Milliarden Tonnen. Also würde meine Einsparung keinen Unterschied machen, und ich kann sie genauso gut auch unterlassen.“

Dies ist ein folgenschwerer Fehlschluss, der sich sehr oft verheerend auswirkt in verschiedenen Kontexten, in denen das Handeln vieler Akteure zusammen große Schäden anrichtet (das Mitläufertum im dritten Reich und das Schwänzen von Wahlen sind andere Beispiele). Im vorliegenden Fall kommt der Fehlschluss dadurch zustande, dass der Akteur in seiner Selbstgerechtigkeit sehr wohl sieht, dass, je mehr andere an einer Schädigung beteiligt sind, desto kleiner sein eigener Anteil an dieser Schädigung sein wird. Wenn 5 Milliarden konsumfreudige Menschen zusammen 3 Billionen Tonnen CO₂ emittieren, dann sind die 1500 Tonnen, die ich in meiner Lebenszeit emittiere, in der Tat nur ein 2-Milliardenstel des Problems. Was der Akteur leicht übersieht, ist, dass dadurch, dass sehr viele bei der Schädigung mitmachen, ja auch der Schaden dementsprechend größer ausfällt. Wenn der Schaden darin besteht, dass 80 Milliarden menschliche Lebensjahre verloren gehen werden, dann bin ich für den Verlust von 40 dieser Lebensjahre verantwortlich. Hätte ich meinen CO₂ Konsum um die Hälfte reduziert, dann wären mindestens 20 dieser Lebensjahre erhalten geblieben.

Warum „mindestens“? Wir wissen aus der Wissenschaft, dass die aus Treibhausgasemissionen resultierenden Schäden exponentiell anwachsen. Der Schaden pro Tonne CO₂ ist umso größer, je mehr Tonnen insgesamt emittiert werden. Wer den CO₂ Konsum seines Lebens um 750 Tonnen reduziert, erhält dadurch also weit mehr als nur einen proportionalen Anteil der gefährdeten menschlichen Lebensjahre. Ein 2-Milliardenstel, das klingt nach nichts. Aber 50 menschliche Lebensjahre, dafür sollte man schon bereit sein, sein Leben umzustellen.

Das zweite wichtige Hindernis zu einer Lösung des Problems durch Moral ist das, was man die Trottelausnahme nennen könnte. Interessanterweise ist der Appell an diese Ausnahme im Alltagsleben omnipräsent und wird trotzdem in den Werken der Moralphilosophen total ignoriert. Die meisten Menschen glauben, dass es weniger falsch oder gar nicht falsch ist, eine moralische Regel zu missachten, wenn man das in einem Kontext tut, in dem viele andere diese Regel ebenfalls missachten. Ja, man soll ehrlich sein. Aber wer zu notorischen Betrügern ehrlich ist, der macht sich damit zum Trottel. Also, so meinen die Leute, darf man notorische Betrüger ruhig betrügen, Lügner anlügen, Diebe bestehlen. Man ist als moralischer Mensch nicht dazu verpflichtet, sich von unmoralischen Menschen übervorteilen zu lassen. Im Kontext des Klimaproblems heißt das: Solange die meisten anderen ihre Treibhausgasemissionen nicht nennenswert verringern, kann ich zu einer solchen Verringerung nicht moralisch verpflichtet sein. Denn durch eine solche einseitige Verringerung würde ich mich zum Trottel degradieren, der sich aufopfert für andere, die seine Leistung nicht erwidern.

Die Trottelausnahme ist am plausibelsten, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: (1) das regelbrechende Verhalten des Akteurs schädigt nur andere Regelbrecher; und (2) durch den Regelbruch bringt der Akteur sich in keine bessere Position als die, die er innegehabt hätte, wenn alle relevanten Akteure sich an die Regeln gehalten hätten. Beispiel: Jemand übervorteilt mich um EUR 50 und ich revanchiere mich bei Gelegenheit indem ich ihn um einen ähnlichen Betrag übervorteile.

Die Trottelausnahme ist völlig unplausibel, wenn beide Bedingungen nicht erfüllt sind. Beispiel: Ein Vermögensverwalter bestiehlt seine Kunden mit der Begründung, dass andere Vermögensberater ihre Kunden ebenfalls bestehlen. Das ist unrecht, weil die Verbrechen seiner Konkurrenten seine eigene Situati-

on nicht verschlechtern und auch weil seine Kunden es durch kein Fehlverhalten verdient haben, betrogen zu werden.

Der Fall des Klimawandels liegt ähnlich. Wenn ein wohlhabender Mensch seinen fairen Beitrag zur Energiewende verweigert, dann fällt der ganz überwiegende Teil der dadurch entstehenden Schäden auf unschuldige Menschen: auf arme Leute, die nicht nennenswert zum Klimaproblem beigetragen haben, auf Kinder und auf die Mitglieder zukünftiger Generationen. Und der wohlhabende Mensch steht sich auf absehbare Zeit besser als es der Fall wäre, wenn alle wohlhabenden Mensch ihre Pflicht täten. Im vorliegenden Fall ist also die Berufung auf die Trottelausnahme – darauf, dass die meisten anderen in meiner Situation sich ebenfalls nicht an die Regel halten – nicht stichhaltig.

Auch wenn wir die beiden Hindernisse argumentativ überwinden können, stehen wir immer noch vor der psychologischen Herausforderung, das moralisch Gebotene effektiv umzusetzen. Hier kann m.E. nur eine politische Lösung funktionieren. Ich will das mit einem analogen Beispiel illustrieren. Stellen Sie sich vor, jemand zeigt ihnen, wie sie durch langfristige Spendung von 2% Ihres Nettoeinkommens zwei sehr arme Familien für immer von der Armut befreien können. Würden Sie sich zu einem solchen Opfer verpflichten wollen? Vielleicht. Aber es wäre sicherlich keine leichte Entscheidung. Lassen Sie uns nun den Fall abändern. Stellen Sie sich vor, jemand zeigt ihnen, wie sie durch langfristige Spendung von 2% Ihres Nettoeinkommens eine Milliarde sehr arme Familien für immer von der Armut befreien können, womit übrigens die schwere Armut auf Erden abgeschafft wäre. Wären sie nun zu dem vorgeschlagenen Opfer bereit? Ja. Sofort. Ohne jeglichen Zweifel.

Aber wie kann jemand mit 2% ihres Nettoeinkommens eine Milliarde Familien ein für alle Mal von der Armut befreien? Ganz einfach: Dadurch, dass sie sich für eine politische Lösung einsetzt, die die wohlhabendsten 500 Millionen Erdenbürger dazu verpflichtet, zwei Prozent ihres Nettoeinkommens einem Sonderfond zur Armutsbeseitigung zuzuführen. Indem man für diese Sondersteuer stimmt und ihr zum politischen Sieg verhilft, beseitigt man die Weltarmut durch Aufgabe von nur 2% seines Nettogehalts.

Um eine solche Reform zu realisieren, müssen wir die relevanten Staaten dieser Welt dafür gewinnen, sich vertraglich auf diese Lösung zu einigen und sie dann auch durch nationale Gesetze durchzusetzen. Sobald das international passiert ist, werden alle Wohlhabenden gern die relevanten Gesetze unter-

stützen, weil sie ja wissen, dass der kleine Beitrag, zu dem sie verpflichtet sind, Milliarden von Menschen permanent von der Armut befreit.

Auch das drohende Klimaproblem kann auf analoge Weise politisch gelöst werden. Wir wohlhabenden und für das Klimaproblem hauptsächlich verantwortlichen Menschen müssen unsere Regierungen dazu drängen, sich in gemeinsamer Gegenseitigkeit international dazu zu verpflichten, dafür zu sorgen, dass wir unsere Treibhausgasemissionen soweit reduzieren, wie das für eine sichere Zukunft der Menschen in allen Erdteilen notwendig ist. Vor allem die reicheren Länder, deren pro-Kopf Emissionen über dem globalen Durchschnitt liegen, müssen sich verbindlich darauf verpflichten, schnell auf und unter den heutigen globalen Durchschnitt von 5 Tonnen pro Person und Jahr zu kommen.

Den Staaten stehen vielerlei Wege offen, diese Reduktion zu erzielen. Sie können die Stromerzeugung umstellen, etwa keine mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke mehr zulassen. Sie können die ökonomischen Anreize von Firmen und Konsumenten verändern und insbesondere die ungeheuerlichen Subventionen von fossilen Brennstoffen einstellen, die sich dem **Internationalen Währungsfond** zufolge allein im Jahr 2015 weltweit auf 5,3 Billionen Dollar summierten. Sie können den ökologischen Fußabdruck aller Staatsaktivitäten verringern, also z.B. alle staatlichen Gebäude mit Solardächern ausstatten und nur noch emissionsfreie Fahrzeuge kaufen. Und sie können, besonders im Erziehungssystem, Aufklärungsarbeit leisten um sicherzustellen, dass alle Bürger sich der Gefahren des Klimawandels und ihrer diesbezüglichen Verantwortung bewusst sind.

Wenn unser Drängen Erfolg hat und einen hinreichend strengen international verbindlichen Vertrag zustande bringt, dann wird jeder von uns Wohlhabenden einen kleinen Teil seines Wohlstands und Komforts einbüßen. Dieser Einbuße steht jedoch ein immenser Gewinn gegenüber, nämlich der Erhalt von Milliarden menschlicher Lebensjahre und tausender von Tier- und Pflanzenarten, sowie eine erheblich verbesserte Lebensqualität für zukünftige Generationen. Selbst ein sehr schwacher Altruismus würde ausreichen, die Inkaufnahme dieser Einbuße zu motivieren.

Wenn der dringend nötige, völkerrechtlich verbindliche Vertrag bislang dennoch nicht zustande kam, so liegt das maßgeblich am übergroßen politischen Einfluss der großen Öl-, Gas- und Kohlekonglomerate, die überall Subventio-

nen absaugen und Reformen verhindern. Für sie steht enorm viel auf dem Spiel. Bei heutigen Preisen liegt der Marktwert aller bekannten förderbaren fossilen Brennstoffreserven bei ca. 151 Billionen Dollar (105 in Rohöl, 24 in Kohle und 22 in Erdgas) – also ungefähr beim Doppelten des jährlichen Brutto-sozialprodukts der ganzen Welt. Insofern diese riesigen Bodenschätze unter der Erde verbleiben, kämen auf die konventionellen Energiefirmen enorme Wertverluste zu. Wie können wir trotz des erheblichen politischen Widerstands der fossilen Brennstoffindustrien unsere Regierungen zu konzertiertem Handeln bewegen?

„Mobilisierung der demokratischen Öffentlichkeit“, ist die konventionelle Antwort. Aber es gibt auch noch eine zusätzliche Möglichkeit, mit der ich schließen möchte: Wir können die Gerichte mobilisieren. Die Regierungen meinen, dass sie keine rechtlichen Pflichten haben, die Emissionen ihrer Länder zu reduzieren, weil sie sich im Pariser Abkommen ja auf keinerlei solche Reduktionspflichten eingelassen haben. Ich halte diese Meinung für irrig. Schließlich gibt es jede Menge international geltendes Recht, das durch Auslösen einer Klimakatastrophe potentiell verletzt würde – z.B. die Menschenrechte, das Völkerrecht, Umweltrecht, Schadensrecht und Privatrecht. Mit einer sehr internationalen Gruppe hervorragender Juristen haben wir die einschlägigen Texte studiert, auf das Klimaproblem bezogen, und unsere Schlussfolgerungen dann in den [Oslo Principles](#) zusammengefasst

Ganz kurz gesagt behaupten wir, dass die Regierungen der Welt nach dem gegenwärtigen Erkenntnistand rechtlich dazu verpflichtet sind, den Anstieg der durchschnittlichen Oberflächentemperatur unseres Planeten unter 2 Grad Celsius zu halten. Dazu ist es – wieder nach gegenwärtigem Erkenntnistand – erforderlich, die CO₂ Emissionen pro Kopf von heute ca. 5 Tonnen um jährlich etwa 6% abzusenken. Dieser planetare Gleitpfad ist nicht nur für die Welt als ganze verbindlich, sondern auch für alle Länder – keine Nation darf sich besondere Emissionsrechte herausnehmen, die nicht mit gleichartigen Rechten für die Menschen aller anderen Nationen vereinbar sind.

Allerdings können die Länder mit besonders hohen Emissionen diese nicht von heute auf morgen auf das von Gleitpfad vorgeschriebene Niveau herunterfahren. Solche Länder müssen stattdessen in der Übergangszeit eine Kompensationsleistung erbringen, nämlich weniger entwickelten Ländern bei der Energiewende helfen und dadurch anderswo die Emissionen einsparen, die sie im eigenen Land nicht sofort einsparen können. Auf diese Weise bleibt die

Welt als Ganze unter dem vorgeschriebenen Gleitpfad, auch wenn einzelne Industriestaaten während einer Übergangsperiode noch übermäßig emittieren.

Die *Oslo Principles* sind in vielen juristischen Fora ausführlich diskutiert worden und auch in einigen wichtigen Rechtsfällen zitiert worden, etwa in dem wichtigen Fall *Urgenda Stiftung gegen den Staat der Niederlande* und auch im Fall *Ashgar Leghari gegen Pakistan*. Wenn wir mithelfen, durch erfolgreiche Klagen dieser Art unseren Regierungen endlich das notwendige Handeln abzurufen, dann gelingt es vielleicht doch noch, die Menschheit vor der drohenden Klimakatastrophe zu bewahren.